Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint täglich nachm. 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 1 Mk. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,30 Mk., bei Postbestellung 2 Mk. zuzüglich Abtragegebühr. Einzelnummern 10 Pfg. Alle Postanstalten Postboten und unsere Austräger und Geschäftsstellen nehmen zu jeder Zeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Kürzung des Bezugspreises. — Rücksendung eingesandter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend

Anzeigenpreis: die 8gespaltene Raumzeile 20 Goldpfennig, die 4 gespaltene Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Goldpfennig, die 3 gespaltene Reklamezeile im textlichen Teile 100 Goldpfennig. Nachweisungsgebühr 20 Goldpfennig. Vorgeschriebene Erscheinungstage und Platzvorschriften werden nach Möglichkeit berücksichtigt. Anzeigenannahme bis vorm. 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Anzeigen nehmen alle Annoncenexpeditionen entgegen.

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Das Wilsdruffer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und Stadtrats zu Wilsdruff, Forstrentamts Tharandt, Finanzamts Nossen.

Nr. 39. — 86. Jahrgang. Telegr.-Adr.: „Amtsblatt" Wilsdruff-Dresden Postscheck: Dresden 2640 Mittwoch, den 16 Februar 1927

Frankreichs Nein.

Nordamerika hatte vor dem Weltkriege bekanntlich nur ein verhältnismäßig kleines Heer und die Flotte war auch nicht sehr erheblich. Man betrachtet die Kosten der militärischen Rüstung als zwar notwendige, aber lästige Ausgaben, die sich aber nur herabsetzen lassen, wenn wirklich die allgemeine Abrüstung auf der ganzen Welt erfolgen würde. Daher die fortdauernden Versuche, die in Washington gemacht werden, um die Frage der Seeabrüstung nicht mehr zur Ruhe kommen zu lassen, die ja schon 1921 auf der Washingtoner Abrüstungskonferenz behandelt worden war und nicht ganz ohne Erfolg, da doch eine gewisse Rüstungseinschränkung bei Neubauten bestimmt und vereinbart wurde. Nun kam — ziemlich überraschend — jetzt die neue Denkschrift des nordamerikanischen Präsidenten Coolidge über eine zweite Seeabrüstungskonferenz, kommt aber auch — gar nicht überraschend — sehr rasch die französische Antwort. Das „Nein!" selbstverständlich — wenn auch in etwas diplomatische Watte gewickelt. Und mit einem dichten Blumenkranz eifrigster Friedens- und Abrüstungswünsche rings umgeben. Im Ziel sei man sich ja natürlich völlig einig; aber die Methoden, diese Methoden, die zu jenem Ziel hinführen — die seien doch sehr, sehr umstritten und infolgedessen . . .

Die französische Regierung verweist in ihrer Antwortnote vor allem darauf, daß das Problem der Weltabrüstung doch ureigenstes Gebiet der Völkerbundarbeit ist und der Genfer Versammlung dürfe man daher die Prüfung und Lösung dieser Frage nicht abnehmen. Außerdem sei man ja in Genf außerordentlich eifrig gerade mit dieser Beratung beschäftigt usw. usw. Die Gründe zur Ablehnung sind ja billig genug, nur wird Coolidge aus allem eben nur das Nein! hören. Und dieses Nein erhält in Rom ein ebenso deutliches Echo; auch dort lehnt man jede Rüstungsbeschränkung, jede Konferenz ab.

Nordamerika wird sich aber auch durch den französischen Hinweis nicht abspeisen lassen, daß die vorgeschlagene Seeabrüstungskonferenz mit ihren fünf Großmächten als Teilnehmer doch eine Brüskierung der kleineren Mächte bedeute. Auch dieser „Grund" ist nicht durchschlagender als die anderen, weil eben die Kräfteverteilung in der Welt doch letzten Endes von den paar Großen abhängt, die Kleinen notgedrungen aber parieren müssen. Frankreich spielt mit seiner Ablehnung aber ein wenig mit dem Feuer, ebenso Italien. Hier wie dort ist die Währung nur mit Mühe stabilisiert und sie kann bei einem entsprechenden Vorgehen des geldmächtigsten Staates des Erdballs sehr leicht wieder ins Wanken kommen. Zwar hat Italien mit Nordamerika einen recht günstigen Schuldentilgungsvertrag abgeschlossen, aber immer noch nicht ratifiziert ist das Abkommen, das Poincarés Vorgänger in Washington abschließen ließ, das anzunehmen sich aber der jetzige Präsident Frankreichs ebenso weigert wie die Pariser Deputiertenkammer. Und auf die „Arbeit" der Abrüstungskommission in Genf kann sich Frankreich wirklich nicht so ganz ernsthaft berufen, weil die Redereien in der Kommission ebensowenig ein praktisches Resultat aufweisen wie ihre Beschlüsse, um die sich Frankreich den Teufel kümmert.

Es gibt aber ein französisches Sprichwort: „Qui trop embrasse, mal étreint" — das heißt auf deutsch: Allzuviel ist ungesund". Nun ist aber Frankreich der militärisch bestgerüstete Staat der Welt, vermag diese Rüstung aber nur zu erhalten, weil es — seine Schulden nicht bezahlt. Es kann aus diesem Herrschaftstraum eines Tages ein unfrohes Erwachen geben, wenn nämlich die Wallstreet, also die Newyorker Börse, jenes Spiel Frankreichs nicht mehr dulden will.

•

Einwendungen gegen die Abrüstung.

Die im französischen Ministerrat von dem Außenminister Briand vorgelegte Antwort an Coolidge enthält folgende Einwendungen gegen den amerikanischen Abrüstungsvorschlag:

1. Der Völkerbund behandele bereits die Abrüstungsfrage und prüfe sie nach seiner eigenen Methode. Frankreich könne nicht dafür eintreten, daß dem Völkerbunde die Behandlung dieser Frage wieder abgenommen werde. 2. Eine Sonderkonferenz der fünf Mächte, die das Washingtoner Abkommen von 1922 unterzeichneten, habe den schweren Nachteil, daß die anderen Nationen, die das Problem der Abrüstung zur See ebenfalls interessiere, von der Debatte ausgeschlossen würden. 3. Die französische Regierung habe bereits zur Abrüstungsfrage Stellung genommen, indem sie in der vorbereitenden Abrüstungskonferenz das Prinzip der engen Verbindung der Abrüstung zu Lande, zur See und in der Luft verteidigt und durchgedrückt habe. Frankreich habe also jetzt keinen Grund, seinen Standpunkt aufzugeben. 4. Auf Vorschlag Frankreichs sei außerdem die Notwendigkeit anerkannt worden, daß die Sicherheit der Verbindungen zur See garantiert werde und daß die Flottenstärke der geographischen Lage jeder interessierten Macht Rechnung trage. Frankreich könne sich demnach mit dem rein mathematischen Kriterium der Abrüstung zur See nicht einverstanden erklären.

Entweder allgemeine Abrüstung oder gar keine.

Vandervelde über die Rheinlandräumung und Entwaffnung.

Eigener Fernsprechdienst des „Wilsdruffer Tageblattes".

Brüssel, 15. Februar. Bei Beantwortung einer Anfrage in der belgischen Kammer kam Vandervelde auf die Rheinlandräumung und die deutsche Abrüstung zu sprechen. Unter anderem behauptete Vandervelde, daß die Alliierten auch nach Erfüllung der militärischen Bedingungen des Versailler Vertrages das Recht hätten, die Militärkontrolle aufrecht zu erhalten. Er habe jedoch kein Zutrauen zu einer ständigen Beobachtung durch die Alliierten. Auch die Einrichtung einer Kontrolle für die entmilitarisierte Zone halte er für zweifelhaft. Mit der Militärkontrolle hänge die Rheinlandräumung zusammen. Vandervelde bedauerte, daß die Rheinlandräumung in Genf als ein Austauschobjekt angesehen worden sei. Eine vorzeitige Räumung würde von Garantien hinsichtlich der neutralen Zone und von der endgültigen Regelung des Reparationsproblems in Verbindung mit dem der interalliierten Schulden abhängen. Der Minister gab zu, daß Deutschland offiziell entwaffnet sei und die Reichswehr unfähig wäre, Angriffe gegen die Westfront zu unternehmen.

Abbruch der englisch-chinesischen Verhandlungen.

Als Antwort auf die Truppenlandungen in Schanghai.

Seit einiger Zeit schweben zwischen dem britischen Unterhändler O'Malley und dem Minister des Äußeren der Kantonregierung Verhandlungen über eine Neuregelung des Niederlassungsrechtes, wobei England grundsätzlich bereit war, auf die Forderung der chinesischen Regierung nach Wiederherstellung ihrer vollen Souveränität einzugehen. Englischerseits, u. a. auch von Chamberlain, ist schon öfter auf den bevorstehenden erfolgreichen Abschluß dieser Verhandlungen hingewiesen worden, ohne daß dieser Optimismus sich bisher bewahrheitet.

Jetzt sind diese Verhandlungen sogar von China abgebrochen worden als Antwort auf die unter großem militärischen Gepränge stattgefundene Landung englischer Truppen in Schanghai. Die Lage wird als sehr ernst betrachtet und auch die „Times" weisen darauf hin, daß China noch für lange Zeit die ernste Aufmerksamkeit Großbritanniens beanspruchen wird.

Unterdessen fährt England mit weiteren Truppensendungen nach Schanghai fort. So wird demnächst die erste indische Brigade in Schanghai gelandet werden, außerdem steht der Abtransport eines weiteren Bataillons britischer Truppen von Hongkong nach Schanghai bevor.

Polen lehnt Deutschlands Vorschlag ab.

Schwierigkeiten auch in Paris.

Der Vorsitzende der polnischen Delegation für die deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen hat im Auswärtigen Amt eine Antwortnote überreicht, die eine Ablehnung des deutschen Vorschlages enthält, die eigentlichen Handelsvertragsverhandlungen zu unterbrechen und zunächst in eine Erörterung der Frage des Niederlassungsrechtes einzutreten. Die polnische Note kündigt die Abreise der polnischen Delegation an und damit den endgültigen Abbruch der Handelsvertragsverhandlungen. In der Note wird betont, daß nach Auffassung der polnischen Regierung die Unterbrechung der in Berlin geführten Verhandlungen keineswegs geboten war, vielmehr nach der Überzeugung der polnischen Regierung die wirtschaftliche Verständigung zwischen den beiden Ländern nur erschweren und verzögern kann.

An zuständiger Stelle sind jetzt Berichte über die während der letzten Tage in Paris geführten Handelsvertragsverhandlungen eingegangen. Eine Unterbrechung in dem Vertragsverhältnis zwischen Deutschland und Frankreich erscheint fast unvermeidlich; das augenblicklich gültige Provisorium läuft zwar noch bis zum 21. Februar. Selbst bei Inkraftsetzung auf dem Verordnungswege wäre, nach dem Gesetz über die provisorische Inkraftsetzung von Verträgen, immerhin erst noch der Handelspolitische Ausschuß des Reichstages zu hören. Streitobjekt sind nach wie vor die Weinzölle und die Verlängerungsfrist für das Provisorium. Die deutsche Regierung hat alles versucht, um einen vertragslosen Zustand zu vermeiden; auf der anderen Seite kann aber schon jetzt gesagt werden, daß die deutsche Regierung keineswegs geneigt ist, die Einfuhr französischen Weines nach Deutschland, eines ihrer größten Kompensationsobjekte im Provisorium, jetzt schon zu regeln. Sie wird darauf bestehen, daß diese Frage erst im endgültigen Handelsvertrage geklärt wird. Dagegen verstärkt sich der Widerstand der französischen Weinbauern und Weinhändler gegen eine Verlängerung des deutsch-französischen Handelsprovisoriums unter Ausschluß der französischen Weine.

•

Zaleski über die polnische Außenpolitik

Eigener Fernsprechdienst des „Wilsdruffer Tageblattes".

Prag, 15 .Februar. **Der polnische Außenminister Zaleski erklärte dem Warschauer Vertreter der „Prager Presse" u. a., er wünsche den baldigen Beginn der polnisch-russischen Verhandlungen über einen Handelsvertrag. Zaleski trat weiter für die friedliche Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Polen ein. Das Hauptziel seiner Politik sei die Festigung der polnisch-tschechischen Beziehungen.**

600 Opfer der Erdbebenkatastrophe.

Nach den vorliegenden Erdbebenmeldungen wurden in Bosnien und Dalmatien mehrere tausend Häuser vollkommen zerstört. Die Zahl der Menschenopfer wird auf 600 geschätzt. Bei Mostar wurde ein großes Zeltlager errichtet, in dem Tausende Obdachlose Unterkunft fanden. In Ragusa sind beim Einsturz des „Hotel de Ville" mehrere Personen getötet worden. Der Gesamtschaden ist noch nicht feststellbar, wird aber auf über 100 Millionen Dinar geschätzt.

Der Herd des Bebens.

Das Erdbeben und seine Folgeerscheinungen haben die ganze Herzegowina und auch die angrenzenden Landesteile des Königreichs Südslawien in große Aufregung versetzt. Im Herdzentrum wagt sich die verängstigte Bevölkerung nicht wieder in die Häuser zurück, um so mehr, als sich die Erdstöße, wenn auch mit verminderter Stärke, wiederholen.

Da sich in Erdbebengebieten sehr schnell Banden bilden, die die verschüchterte Bevölkerung brandschatzen, und weil auch gewisse Bezirke als besonders gefährdet abgesperrt werden müssen, hat die Regierung in Belgrad sofort Militär auf allen verfügbaren Wegen nach der Herzegowina entsandt. Tiefer Schnee, der über der heimgesuchten Gegend liegt, erschwert das Herankommen an die betroffenen Ortschaften, deren telephonische und telegraphische Verbindung vollkommen abgerissen ist. Die Bewohner sind sonst leichtere Erdstöße durchaus gewöhnt und erklärten, daß **dieses Beben das schwerste sei, das sie seit Menschengedenken heimsuchte.** Da die oberirdischen Leitungen schlagartig abrissen, war es unmöglich, sofort Hilfe herbeizurufen.

Weitere Einzelheiten.

Die Einzelmeldungen liegen nur aus den größeren Orten vor. In Serajewo, der Hauptstadt des früheren Bosniens, bewirkte das Erdbeben einen Bergsturz.

Das Erdbebengebiet.

In der Stadt selbst brach eine Panik aus, da fast alle Häuser Risse bekamen und die Schornsteine und Dächer einstürzten. In der Küstenprovinz Dalmatien erlitten bisher den schwersten Schaden Sebenico, Makarska, Perkovic, Metkovic und Gabela. Mit den von dem Erdbeben betroffenen Gebieten ist vorläufig kein Eisenbahnverkehr möglich, weil die Strecken stark beschädigt sind. In Belgrad ist sofort nach dem Eintreffen der Meldungen ein Ministerrat zusammengetreten und hat vorläufig 100 Millionen Dinar für Rettungszwecke bewilligt.

Besonders schwer waren die Zerstörungen, die durch die Felsbrocken angerichtet wurden, die sich überall in dem gebirgigen Lande von den Bergen lösten und zu Tal donnerten. In das Donnern der Erde mischte sich ein regenloses Gewitter, das bei sternklarem Himmel beobachtet wurde. Die Feststellungen der Erdbebenforscher in den jugoslawischen Stationen, die übrigens sehr schnell außer Betrieb gesetzt wurden, gehen dahin, daß der Erdstoß die ungefähre Richtung Ljubinje—Ragusa hatte.

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF